

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Fest- und Veranlagungsbelegate kosten pro Seite 25 Pf. — Geschäftsbelegate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner; Druck: H. Handmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Böhmum, Wilmshäuser Straße 38-42, Telefon-Nr. 98 u. 80. Telegr.-Nbr.: A115verband Böhmum.

Der Aushungerungskrieg.

Der uns umtobende Weltkrieg wird besonders charakterisiert durch das Bestreben, Deutschland wenn nicht durch Waffengewalt, dann durch die Abschneidung der Lebensmittelfuhr zu überwältigen. Ein Volk von fast 70 Millionen Köpfen soll systematisch ausgehungert werden, ganz Deutschland soll ein riesiges „Konzentrationslager“ sein, in welchem auch viele Millionen Kinder und Frauen den Hungertod erleiden sollen, damit auf diese „hochzivilisierte“ Weise das, was man trotz aller buntschiedigen Giftwörter nicht erreichen kann, nämlich die Zerschlagung unserer Wehrkraft, dem „Marshall Hunger“ gelinge.

Ein gewaltthätiger Plan Tief erbitternd, weil noch dazu die verantwortlichen Pläne schmieder ihre fanatischen Nachläufer mit frömmelndem Augenaufschlag verschönern, dieser furchterliche Aushungerungskrieg gegen Millionen Kinder und Frauen sei ein „Gottesgericht über die Barbaren“. Barbarischer kann nichts sein als diese kaltblütigersonnene, systematisch vorbereitete Ausscherrung eines ganzen Volkes von der Lebensmittelfuhr! Daneben verblissen nach unserem Empfinden selbst die furchterlichsten Schlachtenszenen, denn sie geschehen in Stunden unbeschreiblicher Erregung. Wir verstehen die Haltung der britischen Arbeiter so weit, als sie sich mit der Waffe in der Hand den deutschen Soldaten entgegenstellen, aber wir werden nie begreifen, warum sie ihren nicht geringen Einfluß, der jetzt auch durch die Berufung zweier Arbeiterführer (Brace und Sanderfon) in das Ministerium dokumentiert wird, nicht für die Einstellung wenigstens des Aushungerungskrieges geltend machen. Daß man die Kinder und Frauen des bekriegteten Volkes einem elenden Hungertode zutreiben will, um so die militärische Widerstandskraft des Gegners zu brechen, das schon widerspricht mit schneidendem Hohn den zu uns herübergeschallenden Phrasen von dem „Krieg für die heiligsten Kulturgüter“.

Glücklicherweise wachsen auch die Dämme der Aushungerungsstrategen nicht in den Himmel. Unser Nahrungsmittelvorrat reicht dank der sparsamen Haushaltung gut aus und in wenig Wochen erhalten wir die neue Ernte. Es ist müßig, jetzt auf das zurückzukommen, was vor und während dem Kriege hinsichtlich der Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung verpaßt ist. Es hat sich zweifellos herausgestellt, daß die Nahrungsmittelversorgung und -Verteilung nicht mehr ausschlaggebend vom privatwirtschaftlichen Standpunkt beurteilt werden darf,

sondern sie muß als eine eminent nationale Angelegenheit behandelt werden. Tausenderlei Interessen hat die Regierung zu berücksichtigen, wenn sie die Sicherung der Volksernährung gewährleisten soll, ohne dem privatwirtschaftlichen System der Erzeugung, Preisgestaltung und Verteilung grundsätzlich zu Leibe zu gehen, in welchem auch viele und mächtige Kreise, denen schon die gegenwärtigen Einschränkungen ihrer „Aktionsfreiheit“ als „Abkehr zum Sozialismus“ erscheinen und die deshalb gegen durchgreifende, im weiteren Verlauf des Krieges unbedingt notwendig werdende „kriegssozialistische“ Maßnahmen zum Zwecke der Sicherung der Volksernährung Sturm laufen. Daß dagegen die verantwortlichen Regierungsstellen keinen leichten Stand haben, daß sie infolgedessen auch manche halbe oder gar zweckwidrige Anordnung trafen, wer wollte sich darüber wundern? Auch die Minister sind keine Uebermenschen und was sich in jahrhundertelanger Praxis eingelebt hat, das ist auch nicht in zehnmönatiger schwerer Kriegszeit zu überwinden.

Die Regierung darf aber nicht verkennen, daß nunmehr, wo durch das Eingreifen Italiens der Abschluß des Krieges auf wer weiß wie lange Zeit hinausgeschoben ist, die bisherigen Vorkehrungen für die sachgemäße Volksernährung bei weitem nicht ausreichen. Vertreter fast aller politischen Parteien haben mit größter Schärfe die antinationale Gewinnsucht, die auf den Lebensmittelmärkten wahre Orgien feiert, gegeißelt. Man kann ruhig behaupten, daß der innere Aushungerungskrieg, den die Leiber nicht kleine Sippschaft der Nahrungsmittelwucherer organisiert hat, unsere unbemittelte, schwer arbeitende Bevölkerung mehr erbittert und ihre wirtschaftliche Lage mehr verschlechtert, als die Absperrung unseres Vaterlandes von der überseeischen Nahrungszufuhr durch die feindlichen Flotten. Wer in dieser ungeheuer schweren Zeit den eigenen Volksgenossen die Nahrung aus reiner Gewinnsucht verteuert, handelt in der Tat schlimmer an ihnen als jeder ausländische Feind.

Der barbarische Aushungerungskrieg der „Kulturbringer“ wird ganz bestimmt mißlingen, wenn bei uns regierungsfreudig keine Rücksicht genommen wird auf jene Kreise, die freiwillig nicht auf Kriegsgewinne verzichten wollen. Diese Rücksichtslosigkeit wird der Regierung von den breitesten Volksmassen sicher als eine vaterländische Tat angerechnet werden.

ländischen Verhaltens im Kriege. Wäre es da nun nicht am Platze gewesen, wenn er fortgefahren hätte: „Also, meine Herren Aktionäre, Sie werden gewiß einverstanden sein, daß wir die Teuerung etwas ausgleichen, den Arbeitern höhere Löhne zahlen.“ Das ist aber nicht geschehen, sondern der Herr Kirdorf hat Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsführer erhoben und forderte sogar die Regierung auf, daß sie die Gelegenheit benutzen sollte — er hat es zwar nicht direkt gesagt, aber es ist aus seiner Rede herauszulesen — gegen die Arbeiterorganisationen vorzugehen. Er hat die auswärtige Politik der Regierung gelobt und gab weiter zu verstehen, daß die Minister nicht mit uns hätten verhandeln sollen, weil die Arbeiter daraus den Schluß ziehen könnten, sie müßten nun unruhig werden, damit die Herren etwas bewilligen. Was haben denn aber

die Herren Minister

verschuldet, daß Herr Kirdorf sie so tadelt? Wir haben verschiedene Male mit den Ministerien verhandelt, und dort auch Worte gehört, die uns gar nicht gefallen haben. Das Aufrechterhalten der Sperre wurde da von Herrn Oberbergbauminister v. Velsen verteidigt. Man hätte glauben müssen, daß der genannte Herr Ministerialdirektor sich auf dem Standpunkt hätte stellen müssen, daß der Bergfriede gewahrt, die Sperre beseitigt werden sollte. Er hat aber auch manches andere Wort fallen lassen, als wegen der Teuerungszulage verhandelt wurde. Er meinte, es könne mit den Arbeitern nicht so schlimm sein, weil doch die Löhne — infolge ihrer marktspezifischen Merkmale bezüglich der Kriegsergebnisse — noch sehr gut besetzt würden. Diese Leute, welche so reden, tadelt Herr Kirdorf noch. Selbst das kleine Entgegenkommen, das die Herren Minister uns dadurch zeigten, daß sie mit uns verhandeln wollten, wurde von Herrn Kirdorf schon scharf getadelt. So weit sind wir also zur Zeit des Bergfriedens gekommen.

Nun hat zwar früher schon der preussische Herr Handelsminister, dem die fiskalischen Bergwerke unterstellt sind, Zusagen gemacht, daß im fiskalischen Bergbau möglichst bald Schritte getan werden sollten. Aber Wochen vergingen und man hörte nichts. Der Bergbauverband hatte abgelehnt, und so hörte man auch auf den fiskalischen Zeichen nichts. Obwohl in Oberschlesien und im fiskalischen Harzbergbau schon längst angefragt war, daß Teuerungszulagen in der und der Höhe bewilligt seien. In Westfalen schied sich auch auf fiskalischen Zeichen alles aus. Ja, soll der westfälische Bergmann dann nicht auf den Gedanken kommen, daß auch die Regierung nicht recht heranwolle, weil Herr Kirdorf gesprochen hatte? Das hat eben Aufregung erzeugt, und

ich freue mich deshalb, heute mitteilen zu können, daß der Herr Staatssekretär in der Kommission versichert hat, der preussische Handelsminister habe Anweisung erteilt, daß sofort auch im fiskalischen westfälischen Bergbau entsprechende Lohnhöhungen stattfinden sollen, und daß dieses gute Beispiel nachsichtlich fruchtbringend auch auf die privaten Zeichen wirken würde. ... Dann wurden öfters geradezu

horrende Strafen

ausgeworfen, die die Arbeiter ebenfalls wieder lebhaft beunruhigten. So hat sich auf Beche Königsborn II vor drei Wochen folgender Vorfall abgespielt: Am Freitag wird eine Doppelschicht angeordnet und verfahren. Weil am Sonnabend ein Feiertag aufgelegt war, konnte der Samstag, an dem sonst Doppelschichten verfahren werden, nicht dazu benutzt werden. Als die Arbeiter ihre Doppelschicht beendet haben und ausfahren, prangt schon wieder der Anschlag dort, daß sie bereits am Sonntagabend statt am Montag früh hinaufkommen hätten, um wieder eine Doppelschicht zu verfahren. Ein Teil der Arbeiter hat die Sonntagschicht nicht verfahren, ist aber am Montag früh zur regulären Schicht auf der Beche angetreten. Diese Leute durften nun nicht einfahren und ihre reguläre Schicht verfahren, zur Strafe, weil sie die Nachschicht, die Nebenschicht, nicht gemacht hatten. Ein Teil der Leute ging darauf sofort nach Hause, wie es angeordnet war, während ein kleiner Teil stehen blieb. Dann erst begann sich der Betriebsführer eines anderen und wies den Markenkontrolleur an, den Leuten ihre Anfahrmarke auszuhandigen und sie noch einfahren zu lassen. Die Leute, die sofort auf die erste Anordnung hin, daß sie nicht einfahren dürften, nach Hause gegangen waren, hat man dafür noch extra mit 2 Mark bestraft, obwohl sie doch dem Befehl des Betriebsführers nur Folge geleistet hatten. Wenn das die Arbeiter nicht aufregen sollte, wenn sie vielmehr kaltblütig diese ungerechte und harte Maßnahme über sich ergehen lassen wollten, dann müßten sie ja keine Menschen sein!

Weiter hat es große Aufregung verursacht, daß gerade während des Krieges die Bechenherren nicht zugaben, daß alle

Arbeiter gegen Krankheit versichert

werden, und daß die ca. 15 000 Invaliden sich nicht mehr von der Krankenversicherungspflicht befreien lassen dürfen. Sie kennen die Bestimmung der Reichsversicherungsordnung, daß ein Arbeiter von der Krankenversicherungspflicht nur dann befreit werden kann, wenn auch der Vorstand der Knappschaftskasse zustimmt. Die Arbeitervertreter der Knappschaftskassen in Böhmum haben sich geneigt, diese Genehmigung zur Befreiung zu erteilen; sie wollten haben, daß alle auf der Beche beschäftigten Arbeiter, also auch Knappschaftsinvaliden, auch bei der Krankenversicherung mit versichert seien. Darauf wurde die Sache von Quartal zu Quartal verlängert, und als das letzte Quartal der gesetzlichen Frist herankam, haben die Bechenherren hartnäckig sich ablehnend verhalten. Die Invaliden kamen dann und bestanden die Knappschaftsvertreter: „Stimmt nur zu, daß wir wieder befreit werden, sonst werden wir auf der Beche nicht mehr beschäftigt, uns ist Feierabend angebroht worden!“ Also während des Krieges wird schwächlichen, invaliden Arbeitern die Arbeitslosigkeit angedroht, weil die Arbeitgeber die paar lumpigen Pfennige der Krankenversicherung nicht zahlen wollen. Im allgemeinen zählen im Bergbau Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur Krankenkasse je die Hälfte; die Arbeiter wollen die Hälfte zahlen, aber hauptsächlich die Arbeitgeber im westfälischen Bergbau haben nicht nachgegeben. Die Knappschaftsältesten müßten leider, um den genannten Arbeitern die Arbeitsgelegenheit aufrecht zu erhalten, die Zustimmung geben, daß die Befreiung von der Krankenversicherungspflicht ausgesprochen werde. So hartherzig handeln während des Krieges die Bergherren. Des weiteren hat auch die

Brotmarkenfrage

bis heute große Aufregung verursacht. Da wird alles ganz regellos gehandhabt. Es ist ja für jede halbe Ueberschicht ein halbes Pfund Brot mehr bewilligt worden, da und dort auch für eine ganze Ueberschicht ein Pfund mehr, dann für schwer Arbeitende pro Woche ein Pfund Brot mehr. In dem rheinischen Gebiet, das zum Regierungsbezirk Düsseldorf gehört, aber herrscht ein vollständiger Wurm. Wer eine halbe Ueberschicht verfährt, bekommt ein halbes Pfund Brot mehr. Wer aber eine ganze Ueberschicht, eine sogenannte Nebenschicht, verfährt, bekommt gar nichts. Das sollen die Leute für vernünftig halten! Im Arnberger Bezirk bekommen, wie ich anführte, alle schwer arbeitenden Arbeiter ein Pfund Brot mehr, im Rheinland nicht; auf der Beche Rheinpreußen dagegen, wo die Arbeiter sechsmal in einer Woche ein Viertel Ueberschichten verfahren, bekommen sie nicht einmal ein halbes Pfund mehr dafür. Welche Widersprüche! Das muß doch jeden vernünftigen Menschen aufregen! Die Bechenherren der Arbeiter auf den Bechen haben nichts geholfen. Jetzt haben wir

Bergarbeiterfragen vor dem Deutschen Reichstag.

In der Reichstagsitzung vom 29. Mai brachte Kamerad Sadze eine Reihe Bergarbeiterfragen und -Wünsche zur Sprache. Ihm antwortete der Herr Staatssekretär Dr. Delbrück. Wir bringen nachstehend den hauptsächlichsten Teil der Rede Sadzes und die Antwort des Staatssekretärs nach dem amtlichen stenographischen Bericht zum Abdruck.

Abgeordneter Sadze:

Sobald der Krieg ausgebrochen war, wurden wir im Bergarbeiterverband und auch andere Organisationen der Bergarbeiter mit Fragen über die Lohnreduzierungen, über schlechte Behandlung, über Drohungen mit dem Schützengraben, wenn die Arbeiter nicht alles ruhig hinnähmen. Die Schützengräben wurden also als Strafanstalt, als Exorzismus benutzt. Dann wurde darüber geklagt, daß man auf die Arbeiter einen ungeheuren Druck ausübe, übermäßig viel Uebernahme gemacht; auch die drückt und zwiebelt man, daß sie Ueberleistungen machen sollen. Dann wurde über Wagennullstellen geklagt, das gefahrbringend angewendet würde. Die Lohnstatistik hat ergeben, daß die Löhne über mangelhafte Löhne durchwegs berechtigt gewesen sind, denn im 3. Quartal sind die Bergarbeiterlöhne bedeutend geringer gewesen als im 2. Quartal des Jahres 1914. Unser Verband hat nun verschiedene Eingaben an die Behörden gemacht und auch einige schöne Erfolge erzielt. Wir haben schließlich auch erreicht, daß die Ueberleistungsprämie in Schlesien, die erst während des Krieges eingeführt worden sind — es dürfte ohne Ueberleistungsprämie kein Arbeiter anderwärts angenommen werden — wieder aufgehoben worden sind. Aber im allgemeinen ist die Sperre nicht aufgehoben worden. Die Be-

geringe Löhne

wurden immer schlimmer. Namentlich um Weihnachten herum, nachdem sich die Teuerung immer mehr geltend gemacht hatte, wurden die Löhne schlimmer. Die Löhne waren trotz der Teuerung teils gar nicht, teils nur in geringem Maße gestiegen. Die Löhne der Bergarbeiter aller Gebiete waren laut amtlicher Statistik im 3. und 4. Quartal geringer als im Jahre zuvor und auch als im 2. Quartal 1914. Daß diese kolossale Lohnreduzierung bei gleichzeitiger ungeheurer Teuerung zur Unzufriedenheit führen und Erregung in den Arbeiterkreisen hervorzurufen muß, ist klar. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich sagte schon, in anderen Bergarbeiterbezirken waren die Löhne nicht ganz so stark gesunken. Die amtliche Lohnstatistik des 1. Quartals 1915 ist ja noch nicht erschienen. Es ist angeklagt, daß die Löhne gestiegen sein sollen; aber die Arbeiter klagen zum Teil immer noch, daß sie noch lange nicht alle verdienen, was sie vor dem Kriege verdient haben, und daß die kleine Lohnzulage, welche da und dort ihnen bewilligt worden ist, nicht ausreicht, um auch nur einigermaßen die Teuerung auszugleichen zu können.

Die vier bestehenden Bergarbeiterverbände haben dann eine Eingabe gemacht, die der Herr Referent auch erwähnt hat. Zunächst wurden die einzelnen Ministerien von Preußen und Sachsen angegangen. Sie wurden gebeten, dahin zu wirken, daß während des Krieges

Einigungsämter für die Bergbezirke

geschaffen werden könnten. Wir, die Verbandsvertreter, hatten die Auffassung, daß gerade der Krieg die geeignetste Zeit sei, um alle Streitigkeiten im Bergbau aus der Welt zu schaffen. Dazu sollten die Einigungsämter dienen. Wir belamen aber dann vom Minister die Antwort, daß die Bergherren es entschieden ablehnten, und zwar aus prinzipiellen Gründen, Einigungsämter zu schaffen. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sei gerade ein so wichtiger, kritischer Punkt, und es sei unangebracht, gerade während der Kriegszeit diese Forderung aufzustellen. Eine solche Antwort haben wir auch vom sächsischen Ministerium bekommen, und auch seitens der Reichsregierung ist uns in ähnlicher Form geantwortet worden. Das bedauern wir sehr. Wir sind heute noch anderer Ansicht, nämlich der, daß diese Maßnahme gerade während der Kriegszeit geeignet gewesen wäre, eine Einigkeit herzustellen.

Als diese Forderung der Einigungsämter abgelehnt war, haben die vier Verbände in allen Bezirken

Teuerungszulagen

gefordert: 60 Pf. für die Verheirateten pro Schicht, 40 Pf. für die Ledigen. Das reicht natürlich lange nicht aus, um die Teuerung auszugleichen, die die Arbeiterfamilien zu erdulden haben. Sie sind ja — das haben die Arbeiter gezeigt — gern bereit, Opfer zu bringen. Von fast allen Bergwerken — nur ganz wenige haben sich ausgeschlossen — werden die Arbeiterfamilien unterstützt, und die Bergarbeiter treten, um das zu ermöglichen, von ihrem Lohn 2 bis 3 Prozent ab. Sie bringen ferner das Opfer, daß sie die Teuerung zum Teil in Kauf nehmen wollen. Aber eine Teuerungszulage von 60 Pf. für die Verheirateten und 40 Pf. für die Ledigen pro Schicht wäre unbedingt notwendig, um nur einen kleinen Ausgleich zu schaffen. Es wurden aber fast in allen Bergwerken keine Teuerungszulagen gegeben, die aber größtenteils ungenügend sind, so in Niederschlesien 10 bis 30 Pf. pro Schicht, im Königreich Sachsen 20 bis 30 Pf. pro Schicht. In Oberschlesien und in einigen Braunkohlengruben werden Monatsprämien gezahlt, die aber nur als Regelmäßigkeitsprämien in Betracht kommen. Sobald ein Arbeiter einmal eine Sonntagschicht nicht verfährt, aus Familiengründen eine Feiertagschicht machen muß, wird ihm die Regelmäßigkeitsprämie für den ganzen Monat nicht gezahlt. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese Verhältnisse sind natürlich nicht befriedigend. Am schlimmsten ist es in Niederschlesien, wo der Durchschnittslohn der Bergarbeiter auf 3,39 Mk. pro Schicht gestiegen war, was doch als vollständig unzureichend, ja als ein wahrer Hungerlohn für die schwere Bergarbeit bezeichnet werden muß. In Westfalen geschah auf den meisten Bechen nichts. Wir hatten uns um eine Teuerungszulage an den Bechenverband gewandt. Die Antwort wurde aber vier Wochen hingezogen, und als sie kam, war sie ablehnend: Einige Bechen hatten Verbesserung des Lohnes in Aussicht gestellt. Da hieß es, daß ein etwas höherer Schichtlohn gewährt werden sollte und auch die Gehildegelöhne erhöht werden würden. Auch wurde anerkannt, daß die Lebensmittel überall so teuer seien, daß man etwas tun wollte. Dann kam aber die bekannte Rede des Vorsitzenden der Gesenksirchener Bergwerksvereins, des

Herrn Kirdorf.

(Zuruf rechts.) — Es wäre auch traurig, wenn hier die Rede gebilligt würde. Jedenfalls ist es traurig, daß dann verdienstlose Bechen ihre gemachten Zusagen zurückgezogen haben. Herr Kirdorf hat in seiner Rede die Minister stark getadelt, weil sie mit den Bergarbeiterverbänden verhandelt haben. Er lobt zwar die Bergarbeiter wegen ihres vater-

uns beim Herrn Regierungspräsidenten beschwert, und da ist uns mitgeteilt worden, es seien Erwägungen im Gange, um die Sache noch zu ändern. Es wäre aber ein sofortiges Eingreifen längst nötig gewesen, um die Bergarbeiter zu beruhigen.

Der Druck in bezug auf die

Ueberschichten

Ist grenzenlos. Gerade auf den Bechen Rheinpreußen über manche Steiger einen ungeheuren Druck auf die Arbeiter, selbst auf kräftliche Leute aus. Den Leuten wird gesagt: „Macht ihr keine Ueberschichten, so kommt ihr in den Schillingengraben!“ Ein zwanzigjähriger Arbeiter, ein gewisser Jakob Kaiser, ist auf der Beche Rheinpreußen I u. II in der vergangenen Woche vom Fahrstuhlgang des Blüth geschlagen worden. Das ist der Burgfrieden während des Krieges! So verhalten sich die Bergwerksbeamten gegen die Arbeiter!

Weiter: Es sind nun eine ganze Anzahl von Arbeitern — ich glaube wohl an die 7000 — sogenannte Umlauber, zurückgekommen. Diese Leute, die im Felde gestanden haben, haben wegen des Kohlenmangels Urlaub bekommen, um wieder auf den Bechen arbeiten zu können. Auch auf diese wird ein ungeheurer Druck ausgeübt, daß sie alle Ueberschichten verfahren. Dabei ist der Lohn so schlecht, daß manche dieser Umlauber — auf Beche Bruchstraße, einer Sittensache, hat sich das Mittel abgepflegt — gesagt haben: „Meinetwegen melde ich mich getrost beim Bezirkskommando. Wieder in den Schillingengraben gehen, als bei diesem Lohn und Druck noch weiter arbeiten!“ Den Leuten gefügt es also besser im Schillingengraben als auf der Beche, wo sie auf Ueberschichten angewiesen sind, um einen einigermaßen anständigen Lohn zu bekommen.

Meine Herren, es gibt bereits da und dort Wetterzeichen. Mirzlich haben in Schlefien, dann im Sontenberger Gebiet kleine Streiks stattgefunden, ebenso im Königsreich Sachsen, ohne daß eine Gewerkschaft vorher etwas davon erfahren hätte. Es waren sogenannte wilde Streiks. Wie groß muß die Aufregung unter den Bergarbeitern sein, wenn sie schließlich schon zur Selbsthilfe greifen, so daß sogar die Gewerkschaften ihnen auf die Finger klopfen müssen! Auf der Beche Bruchstraße war eine Aufforderung ausgehängt, keine Ueberschichten mehr zu verfahren, wenn die Löhne nicht erhöht würden; das hatten die Leute unter sich selbst ausgemacht. So ist also die Stimmung! Bei alledem gestatten die

Werksüberprüfungen

— ich will keine Zahl nennen — sehr wohl eine Teuerungszulage. Gerade der westfälische Bergbau, der sich in seiner Mehrheit so sehr weigert, Teuerungszulagen zu bewilligen, hat während des Krieges noch ganz horrende Geschäfte gemacht, und das war in der Zeit, wo noch keine Kohlenpreissteigerung vorhanden war. Nun sind in manchen Revieren seit Weihnachten, im Revier in Westfalen seit dem 1. April, die Kohlenpreise gesteigert worden pro Tonne um 1 bis 2 Mark und darüber hinaus. Seit Kriegsbeginn hat das Kohlenprodukt in Westfalen denjenigen Bezugsnehmern, die früher keine Kohlen von ihm bezogen haben, die vorher vielleicht englische Kohlen bezogen haben, oder die mehr beziehen wollen, als sie abgekauft hatten, pro Tonne 3 Mark mehr aufgelegt, als der Subsidialpreis beträgt. Nun ist die Steigerung seit dem 1. April eingetreten, und es wird bereits eine neue Preissteigerung angekündigt. Daß da die Bergarbeiter nicht ruhig zusehen können und die geduldeten Kammern sind, um alles ruhig anzusehen, können Sie sich denken. Die „Bergwerks-Zeitung“ vom 16. Mai beantwortet auch Lohnherhöhungen, kündigt aber gleichzeitig neue Preissteigerungen für Kohlen an.

Meine Herren, wenn Sie das alles betrachten und überdenken, müssen Sie zugeben, daß die Bergarbeiter wirklich Ursache haben, unzufrieden zu sein, und es wird kein Mensch hier aufstehen, keinem wird es gelingen, uns zu beschuldigen, daß die Gewerkschaftsführer während des Krieges die Leute aufgehetzt hätten. Das Gegenteil ist wahr. Wir haben uns wirklich so verhalten, wie von dieser Tribüne heute schon ausgesprochen ist, daß niemand uns einen Tadel aussprechen kann, und alle Bergarbeiter haben sich so vaterländisch verhalten. Aber wenn die Bergarbeiter so behandelt werden, wie ich es in ganz kurzen Bildern dargelegt habe, so müssen Sie, meine Herren, selbst sagen, daß die Bergarbeiter eine schwere Schuld auf sich haben, wenn sie den Burgfrieden so verstehen, daß die Bergarbeiter schweigen und mit den längsten Löhnen sich abgeben lassen müssen, die teuren Lebensmittel in Kauf nehmen müssen. Die Bergarbeiter sind auch Menschen und wollen entsprechend behandelt sein und dementsprechend mit ihren Wünschen berücksichtigt werden.

Nun hat der Minister für Handel und Gewerbe für Preußen einen Erlaß herausgegeben an die statistischen Werke und Oberbergämter, der genau eingehalten werden soll, aber auch dem Privatbergbau zur Nachahmung empfohlen werden soll, daß bei jeder Veränderung der Preise, der Verlegung der Schichten, Veränderung der Löhne und bei sonstigen Maßnahmen

die Arbeiterausschüsse auch gehört

werden sollen. Die Herren des Bergbaues in Westfalen prüfen auf diesen Erlaß. Denn die „Bergwerks-Zeitung“ schreibt in Nr. 113 vom

Kinderhänderei in italienischen Gruben.

Vor gut zwanzig Jahren kamte in Sizilien eine große Volksbewegung auf. In Geheimbünden — Fasci genannt — waren hunderttausende Männer und Frauen, hauptsächlich der armen ländlichen Bevölkerung angehörig, organisiert. Sie forderten eine Verbesserung ihrer elenden wirtschaftlichen Lage und eine humane Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse. Der Journalist Adolfo Rossi hat 1894 über „Die Bewegung in Sizilien“ in der italienischen Presse eingehend berichtet. Die Berichte sind dann auch in deutscher Uebersetzung in Broschürenform im Verlag von J. G. W. Dieck- Stuttgart erschienen.

Adolfo Rossi entwarf auch eine Schilderung der entsetzlichen Kinderhänderei in den italienischen Gruben. Wir hatten geglaubt, dieser Menschenquälerei sei inzwischen durch Regierungsmagnaten ein vollständiges Ende bereitet worden. Nun aber lesen wir in „Il Giornale dell'Unione dei Minatori“, dem italienischen Wochenblatt des großen nordamerikanischen Bergarbeiterverbandes, daß in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1915 in Zabari, Bezirk Sirgenti (Sizilien), ein Bergarbeiter-Freistatend mit dem Ziel, die Zusage der Regierung des Schmelzschmelzwerkes zu erzwingen. Dort, und wahrscheinlich nicht nur dort, wird also noch im Jahre 1915 der Schmelz auf den Schultern kindlicher und jugendlicher Arbeiter zur Erde gelassen! Ob jetzt der Streit dieser Menschenquälerei beizulegen sei, geht aus unserer Quelle nicht hervor.

Was für eine Schänderei in Frage kommt, das wollen wir nunmehr nach den Darlegungen A. Rossis mitteilen. Da auch das offizielle Italien angeblich die „deutsche Barbarei“ in diesem „heiligen Krieg“ ausrotten will, müssen wir feststellen, daß in Deutschlands Bergbauindustrie niemals auch nur eine annähernd so schändliche Kinderhänderei festgefunden hat, wie sie nach Rossis Schilderungen in Sizilien damals vor sich ging und nach der angegebenen Quelle immer noch nicht ausgerottet ist. Wenn die „hochkulturbewerten“ Kriegskämpfer sich gegen wirkliche Barbarei wenden wollen, dann haben sie in ihrem eigenen Lande überreichlich Gelegenheit zu dieser Kulturarbeit. Rossi erzählte: „An einer Stelle, wo wir die Höhe überschritten, die Campobello von den Schwefelgruben trennt, soher wir in der Entfernung einen kleinen thalartigen Knaben von neun oder zehn Jahren, der halb nackt über die Felsen lief, gefolgt von einer Entfernung von etwa zweihundert Metern von einem Namen — die Höhe, die Kleider weiß vom Schwefel, der von besser laufen zu können, daß die Schuhe ausgegossen hatte und den süchtigen Knaben mit seinen wüsten Hornes bedrohte.“ „Es ist ein Haue (Picconiere)“, sagten uns die Bauern, „der einen entflohenen Caruso eingeworfen hat. Wenn er ihn fängt, so schindet er ihn lebendig für die Feittage. Das sind Dinge, die alle Tage geschehen!“

Ja, diese Dinge geschehen alle Tage, aber es ist die roheste Barbarei, die in zivilisierten Ländern nicht geduldet werden sollte! Die Kinder des Knaben erinnerte mich an eine Szene aus „Danzel Tom's Hütte“. Die Carusi sind Knaben von acht bis fünfzehn oder achtzehn Jahren, die auf der Schulter das Schwefelmineral aus den tiefen Galerien und Schächten zur Oberfläche tragen müssen, wobei sie durch die engsten Gänge zu klettern und sich hindurch zu winden haben. Die Picconieri sind Männer, die mit ihren Hauen das Mineral in den Galerien herausarbeiten; sie verschaffen sich einen oder mehrere Carusi durch Uebereinkunft oder Verabredung mit den Eltern der Knaben für eine Summe, die zwischen 100 bis 150 Lire wechselt, aber nicht

10. Mai, daß es ungeschicklich sei, mit den Arbeiterausschüssen Lohnfragen zu behandeln und zu besprechen. Also was der Minister wünscht, erklären die Herren für ungeschicklich, und sie werden demnach diese Wünsche wieder nicht erfüllen.

Meine Herren, Sie werden das noch verstehen, was schon mein Freund Scheidemann angeführt hat, daß in Westfalen die Regelung nicht besser wird, wenn den Bergarbeitern verboten wird, in Zeitungen oder in Versammlungen über Lohn- und Teuerungszulagen zu reden. Daß das nicht zur Besserung führt, werden Sie wohl alle einsehen. Das Verbot ist an verschiedenen Stellen ausgesprochen worden, auch wieder für den morgigen Tag, wo für Essen eine Bergarbeiter-Versammlung angesetzt wurde, in der der Kollege Sue sprechen sollte über Lohnfragen und Teuerungszulagen. Auch diese Versammlung ist verboten worden von neuem, obwohl früher von dem Generalkommando dem Kollegen Sue ausdrücklich zugesagt worden war, daß er über Lohnfragen in Versammlungen sprechen kann. Es sind auch Versammlungen von Konsumenten-Ausschüssen verboten worden, die über die Teuerung sprechen wollten. Alles das hat nur dazu beigetragen, daß die Erregung gesteigert worden ist, und daß wir nicht dafür gut sein können, wenn da irgendwelche Störungen vorkommen, die auch wir nicht wünschen, die uns allen nicht angenehm sein können. Wir warnen nochmals!

Staatssekretär Dr. Delbrück:

... Der Herr Abgeordnete Sachse hat dann über die allgemeine Lage der Bergarbeiter im Ruhrrevier und in den anderen Revieren mit bewegten Worten Klage geführt. Er hat aber auch schon darauf hingewiesen, daß ihm in der Kommission mitgeteilt ist, daß von dem zunächst dazu berufenen preussischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe Schritte getan sind, um Uebelständen, soweit sie bestehen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich kann hinzufügen, daß auch der Herr Reichstagsler persönlich dieser Frage die größte Aufmerksamkeit zuwendet (Bravo!) und daß ich infolgedessen die Hoffnung aussprechen kann, daß, soweit berührter Unluge zu Beschwerden vorhanden gewesen ist, diesen

Beschwerden abgeholfen werden wird.

(Weisfall.) Meine Herren, man könnte unter diesen Umständen zweifeln, ob es notwendig und nützlich war, diese Frage in dem Umfang, wie es hier geschehen ist, und mit dem Schluß, den der Herr Abgeordnete Sachse seinen Ausführungen gegeben hat, hier in der Öffentlichkeit zu verhandeln. (Sehr richtig!) Rechts und bei den Nationalparlamenten. Ich bin überzeugt, daß der Herr Abgeordnete Sachse die Ausführungen, die er hier gemacht hat, in der Öffentlichkeit gemacht hat, nicht nur Wünsche zu schaffen, sondern auch in den Kreisen der von ihm vertretenen Bergleute nicht Unruhe, sondern

Beruhigung zu schaffen.

(Zustimmung bei den Soz.) Ich will wünschen, daß ihm dies mit seinen Ausführungen gelungen ist. Innerhalb hätte der Herr Abgeordnete Sachse nicht vergessen sollen, daß solche Äußerungen und Ausführungen im Auslande falsch verstanden werden können, falsch verstanden in einem Lande wie England, wo die Verhältnisse, speziell im Bergbau, sehr viel ungünstiger liegen als bei uns, und wo man infolgedessen geneigt sein könnte, aus den Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Sachse gemacht hat, auf die Verhältnisse bei uns Schlüsse zu ziehen, die der Wahrheit absolut nicht entsprechen.

Meine Herren, mit Rücksicht auf diese möglichen Wirkungen, die die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Sachse haben können, möchte ich doch hier noch einmal folgendes feststellen: Bei Beginn des Krieges haben sämtliche Arbeitnehmerorganisationen sofort die bestehenden Streiks und in der Schmelze befindlichen Erleichterungen über ihr Arbeitsverhältnis eingestellt. Das gleiche haben die Arbeitgeberorganisationen getan, und in diesen Branden ist es zu einem friedlichen Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gekommen, wie es das Interesse und die Sicherheit des Vaterlandes erforderten. Es wäre ungerecht und unsittlich, wenn ich hier nicht ausdrücklich feststellte, daß dies die Norm war und daß Arbeitgeber wie Arbeitnehmer

ihre patriotische Pflicht

in jeder Beziehung erfüllt haben. (Weisfall.) Meine Herren, ich stelle weiterhin fest, daß die Arbeiter in den verschiedensten Arten von Betrieben sich überall mit Eifer und mit voller Hingabe ihrer Kräfte in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben, daß man Ueberschichten nicht gescheut hat, daß Verlängerungen der Arbeitszeit ertragen worden sind, daß man Abmachungen von den zur Sicherheit von Leben und Gesundheit der Arbeiter getroffenen Vorschriften willig gebuldet und auf sich genommen hat in der Ueberzeugung, daß die unbedingte Fortführung der Arbeiten in den betreffenden Betrieben im unerlässlichen Interesse des Vaterlandes liegt.

Meine Herren, aus dieser Gesinnung heraus ist es auch überall gelungen, Erleichterungen über Löhne aus der Welt zu schaffen, ist es in der Mehrzahl der Fälle gelungen, eine Regulierung der Löhne zu erreichen, die der teurer gewordenen Lebenshaltung der Arbeiter entspricht. Der Herr Abgeordnete Sachse hat ausgeführt — ich kann

und will auf die Einzelheiten nicht eingehen —, daß das im Bergbau nicht überall oder nicht genügend der Fall gewesen sei. Es ist sehr schwer, über eine solche Frage im Allgemeinen ein Urteil zu fällen. Soweit ich mich habe unterrichten können, sind aber die Bergarbeiter-Löhne, insbesondere die Löhne der Hauer, im Steigen begriffen. Ich bin fest überzeugt, daß es den Verhältnissen der zuständigen staatlichen Instanzen gelingen wird, auf dem Gebiet des Bergbaues das zu erreichen, was überall auf anderen Gebieten in dieser oder jener Form erreicht worden ist. Es kommt nicht darauf an, in welcher Form jetzt im Kriege ein solcher Erfolg erzielt wird, ob das ein Schlichtungsgericht oder ein einzelner Beamter regelt, ob das ein Vertrauensperson der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer tut, nein, worauf es uns allen ankommen muß, welcher Partei und welchem Stande wir auch angehören mögen, ist, daß auch hier Verhältnisse eintreten, wie sie die Lage des Vaterlandes erfordert. (Bravo!) Wir müssen uns darüber klar sein, daß die

Arbeit im Bergbau eine vaterländische Arbeit

ist (Sehr richtig!), daß die Arbeit im Bergbau, wie die Dinge jetzt während des Krieges liegen, so wichtig ist und so hoch bewertet werden muß, wie die Arbeit draußen im Schillingengraben.

Meine Herren, ich bin fest überzeugt, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bereit sein werden, diesen Verhältnissen Rechnung zu tragen. Wenn diese meine Ausführungen im Anschluß an das, was der Herr Abgeordnete Sachse vorher gesagt hat, dazu beitragen könnten, daß dieses Ziel erreicht wird, dann wird auch die Meide des Herrn Abgeordneten Sachse die beruhigende Wirkung haben, die er von ihr erhofft hat...

Wir können dem Herrn Staatssekretär auch von dieser Stelle aus nochmals die Versicherung geben, daß die Bergarbeiter auch weiterhin sich so verhalten werden, wie es die ernste Lage des Vaterlandes erfordert. Durch die kritischen Ausführungen des Kameraden Sachse und die Antwort des Herrn Ministers ist unserer Kameraden des Vermissen gestärkt worden, daß ihre wirtschaftlichen Interessen nicht schutzlos sind. Das schafft zweifellos ein größeres Gefühl der Verbundenheit. So liegen bei uns die Dinge nicht, daß wir mit Rücksicht auf das Auslande die beruflichen Beschwerden der Bergarbeiter nicht öffentlich besprechen dürften. Die ganze Bergarbeiterfrage weiß, was sie dem bedrohten Gemeinwesen schuldig ist und wie etwa im Auslande anders spekulieren sollte, täuscht sich vollständig! Wir wünschen einen recht baldigen, günstigen Frieden für unser Vaterland und die Bergarbeiter Deutschlands werden nichts tun, was geeignet ist, die Erreichung dieses Zieles hinauszuschieben. Die Werksverwaltungen aber sollten ausnahmslos darmit auch alles unterlassen, was geeignet ist, die Bergarbeiter mißmutig zu machen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Christliche Klagen gegen die deutsche Landwirtschaft.

Als sich nach Ablauf der ersten Kriegsmonate herausstellte, daß die deutsche Landwirtschaft trotz allen Zeissens des Waders an Lebensmitteln nicht voll decken konnte und zehntausende ihrer Vertreter noch durch Zurückhalten ihrer Vorräte die Preise in die Höhe trieben und Sondergewinne zu erlangen suchten, da gestellten sich zu ihren heftigen Kritikern auch die christlichen Gewerkschaften. In vielen Artikeln, vor allem im „Zeitschrift der christlichen Gewerkschaften“, hieß es immer wieder, daß die Landwirtschaft die auf sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllte; man habe früher die Wirtschaftspolitik zu ihren Gunsten unterstützt, nun aber habe man den „Dank vom Hause Osterreich“. Die Arbeiter mühten unter einer geradezu unerträglichen Teuerung zu leiden. Die Schärfe dieser Angriffe erreichte nun ihren Gipfel im „Zentralblatt“ vom 24. Mai 1915 (Nr. 11). Darin wird gesagt, es habe an einem einheitlichen Kriegswirtschaftsplan gemangelt; dieser Wierwarr sei in den ersten Kriegsmonaten von weiten Kreisen der Landwirtschaft und im Handel rückwärts ausgenutzt worden. Dann heißt es weiter:

„Unser Standpunkt ist, daß die deutsche Landwirtschaft das deutsche Volk nicht gleichzeitig mit Abneigung und mit Neid ausreicht versorgen kann. Dann wurde stets aus landwirtschaftlichen Kreisen entgegengehalten, daß jetzt schon annähernd der ganze heimische Produktions- und etwa 95 Pro. des Fleisches in Deutschland produziert würden. Dabei wurde geflissentlich eine große bedeutsame Tatsache verschwiegen: daß diese Fleischproduktion nur möglich war durch Einfuhr gewaltiger Mengen ausländischer Futtermittel. Diese bleiben jetzt im Kriege aus... Die Behauptung von der „eigenen Kraft“ war eben nicht wahr. Ihre Ueberschätzung in bezug auf die Fleischproduktion entwickelte sich mit zur Hauptursache unserer Lebensmittelteuerung im Kriege. Mogen und Kartoffeln

„Und wieviel Stunden arbeitet ihr?“ fragte ich.

„Gewöhnlich zwölf Stunden hintereinander, von vier bis vier Uhr, und zwar sechs aufeinanderfolgende Tage hindurch, während welcher wir hier schlafen, am siebenten Tage gehen wir nach Hause, um dort zu schlafen.“

„Und wo schlafst ihr hier?“

„Auf der Erde oder in jenen Höhlen.“ Und sie zeigten mir einige Höhlen, wahre Troglodytenwohnungen.

„Die Glücklichen“, fügten sie hinzu, „schlafen dort.“

Und sie führten mich unter ein Schuppendach, das an einen Ofen angefügt war und dessen ganzes Mobiliar aus einer hölzernen Brettlage ohne Strohsack bestand. Am Fuße dieser Brettlage nahmen sieben einige Carusi mit ihrem Picconiere das Mittagessen ein. Sie aßen trockenem Brot und Zwiebeln.

„Trinkt ihr keinen Wein?“ fragte ich.

„Wein?“ wiederholten sie und sahen mich erstaunt an. „Wer wird uns welchen geben? Hätten wir wenigstens Wasser! Es ist ja nicht einmal Wasser da! In den Stunden, in denen wir schlafen sollten, müssen wir einen langen Weg machen, um ein wenig Wasser zu holen.“

„Wieviel Gänge vom Grund der Mine macht Du im Durchschnitt täglich mit Deiner Last Schwefel?“ fragte ich einen der Carusi.

„Fünfundzwanzig Gänge für siebenundzwanzig Goldi hinauf und hinunter, durch einen Minenschacht von über hundert Metern.“

Andere Carusi sammelten sich um uns, alles ruinierte Geschöpfe, ruiniert durch die übermäßige Arbeit und durch die Verhinderung ihrer körperlichen Entwicklung: wahre Wilder verkümmerten Sklaven. Raum hörten sie, daß wir uns über ihr Geschick erkundigten, so suchten sie irgendwelche Lumpen, die sie über ihren nackten Körper legten, um sich uns zu nähern und uns zu erzählen, wie sie behandelt werden. Es war ein herzzerreißendes Schauspiel.

Einer von diesen Unglücklichen hatte sehr kluge Augen und beantwortete mit Schnelle und Geistesgegenwart unsere Fragen. Aber der größere Teil erschien stumpfsinnig durch seine Leiden; die meisten hatten einen verschleierte und erloschenen Blick mit bläulich-bunten Augenhöhlen.

Wir besuchten, in einen Grubenschacht der Mine La Mintina hineinzuweisen, aber er war so eng, feil und gefährlich zu durchschreiten, daß wir, nachdem wir wenige Meter vorgezogen waren, darauf verzichten mußten, den Schicht fortzusetzen. Es erschien uns ganz unmöglich, daß die armen Carusi aus dem tiefen Grund dieses Loches ihre schweren Lasten Schwefelmineral auf ihren Schultern hinaufschleppen konnten.

Wir versuchten darauf, in einem etwas weiteren Schacht einzudringen und wurden zu dem Eingang der Nummer 3 der Mine Biddilo geführt, in welcher nicht weniger als 1300 Picconieri und Carusi arbeiteten. Zwei von diesen lebten, die oben ihren Lohn verdient hatten, erbot sich, De Fellece und mich zu begleiten, während drei Haupter der begleitenden Schicht vor dem Eingang des Schachtes stellten, um das Eindringen der anderen zu verhindern.

Bei dem zitternden Lichte von zwei kleinen Oellämpchen, die die Carusi trugen, begannen wir, in jenen Minenschacht hinabzusteigen. Wir mußten dabei beständig gebückt gehen und uns mit den Händen an der Gesteinswand stützen. Die in der Gesteinsmaße ausgehöhlten Stufen sind höchst unregelmäßig, bald hoch, bald niedrig, bald an den Ranten abgeflacht, bald trocken und mit Staub bedeckt, bald naß und schlüpfrig.

Wir waren wenige Meter vorgezogen, als wir schwache Lichter im Grunde erblickten. Es waren die Lämpchen einiger Carusi, die gekrümmt unter ihrer Schwefellast, heraufstiegen. Bald hörten wir

in Kar, sondern in Mehl oder Getreide zu bezahlen ist. Wie ein Tier gekauft, gehört der Caruso dem Picconiere genau wie ein wirklicher Sklave. Er kann nicht frei werden, bis er die genannte Summe zurückzahlt hat, und da er nur wenige Centesimi für den Tag verdient, so dauert seine Sklaverei viele Jahre hindurch. Er wird mißhandelt sowohl vom Vater, der ihn nicht befreien kann, als auch vom Picconiere, der ein Interesse daran hat, ihn so lange als möglich auszubehalten. Und wenn er zu fliehen versucht, gibt es eine wilde, graujame Jagd, wie wir es soeben gesehen haben.

„Wenn es sich um solch ein Durchgehen handelt“, sagte uns ein Caruso, der teil an unserem Geschehen nahm, „so will das noch nichts sagen. Das Schlimme ist, wenn der Picconiere den Stock gebraucht. In der vergangenen Woche wurde der dreizehnjährige Caruso Angeleddu von seinem Picconiere mit acht Stockschlägen getötet.“

„Und wurde der Picconiere nicht verhaftet?“

„Man verhaftet sie niemals. Wer kümmert sich um die Carusi? Wenn die Carusi von ihrem Herrn ermordet werden, so sind sie für die Behörden immer eines natürlichen Todes gestorben. Vor kurzem starb in den Schwefelgruben von Ficuzza ein anderer Caruso infolge eines Sturzes in den Leib.“

„Wie heißt Du?“ fragte ich den Caruso, der mir dies erzählte.

„Dilippo Tagliana von Campobello. Ich bin dreizehn Jahre alt. Ich arbeite als Caruso seit fünf Jahren und bin in Schulden bei meinem Picconiere um 25 Lire, die ich niemals bezahlen kann.“

Wir zogen sehr traurig weiter. Um halb vier Uhr gelangten wir zu der Schwefelgrube La Mintina, wo am 10. Juni 1886 ein Erdsturz in den Galerien 142 Menschen, Picconieri sowohl wie Carusi, tötete. Die ausgebeuteten Galerien werden nämlich niemals wieder gefüllt oder gestützt. Eine überaus große Anzahl Galerien, die eine große unterirdische Höhle bildete, hatte den Erdsturz herbeigeführt.

In einer Bodenstreckung fanden wir an einer Seite einige Oesen errichtet, wo man das Mineral reinigte. Hier und dort sah man eine Art von Nischen in einer Vermauerung des Erdbodens. Es waren die Grubeneingänge. Vor ihnen standen vollständig nackte Knaben von neun bis vierzehn Jahren und ebenfalls die Picconieri, alles in adamitischem Kostüm, nur mit einem Keinen, von Bindfaden gehaltenen Lappen über den Geschlechtsteilen bekleidet.

Diese Gruppen von Knaben und Erwachsenen von tiefbrauner Haut, die sich von dem verbrannten nackten Boden abhoben — nur an einigen Abhängen sah man Sträucher von Kaktus und indischen Feigen — schienen keine Italiener, sondern Afrikaner oder Hindu zu sein.

Die Carusi tragen an ihrem Körper deutlich sichtbar die Wunden der Leiden, denen sie ausgesetzt sind. Zur Arbeit genommen im Alter von acht oder neun Jahren, haben sie gewöhnlich durch die angedehnte Tätigkeit krumme Schultern und verrenkte oder verküppelte Beine. Die Augen liegen tief in ihren Höhlen wegen der unzureichenden Ernährung und die Stirn dieser Kinder ist von vorzeitigen tiefen Furcheln gezeichnet.

Das Gesetz, das die Kinderarbeit regelt und nach welchem kein Knabe vor dem vollendeten zwölften Jahre zur Arbeit zugelassen werden darf, bleibt in Wahrheit völlig unbeachtet. Alle Carusi, die ich fragte, haben ihre Sklavensarbeit mit acht oder neun Jahren begonnen. Der größere Teil sagte mir, daß er noch nicht fünfzig Centesimi des Tages verdient und daß dieser Lohn nicht in Geld, sondern in dem schlechtesten Mehl und zu einem Preise ausgezahlt würde, der weit höher sei, als der laufende Mehlpreis in den benachbarten Orten.

„Und wenn wir Trümmer Weine machen“, fügte einer hinzu, „das heißt, wenn wir nicht schnell mit unserer Last die Stufen des Schachtes hinaufsteigen, dann gibt es Stockschläge.“

wurden in großen Mengen verfüllert mit dem Endeffekt, daß wir heute für die menschliche Ernährung die kleinen Mehrationen bekommen und die Kartoffelpreise die gewaltige Höhe erreicht haben.

Mit diesen Zusammenhängen hätten die landwirtschaftlichen Organisationen, so fährt das „Zentralblatt“ fort, unbedingt vertraut sein müssen; trotzdem sei von August 1914 bis Januar 1915 gar nichts Durchgeführtes geschehen und unsere Nahrungsmittelversorgung sei aufs schwerste gefährdet worden.

„Seit vielen Jahren hat man seitens landwirtschaftlicher Kreise den staatlichen Schutz der einheimischen Landwirtschaft nicht bloß als in deren Interessen gelegen, sondern als eine nationale Pflicht hingestellt. Gut, einverstanden! Dann war es aber auch in dem dem deutschen Volke aufzuwachsenden Kampfe um Sein oder Nichtsein Pflicht der Landwirtschaft, in solcher Stunde nicht bloß ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, sondern auch den Nachweis zu führen, daß sie im Kriegsfall das deutsche Volk tatsächlich mit Lebensmitteln in ausreichender Menge und zu erschwingbaren Preisen zu versorgen vermag.“

Die Probe aufs Exempel hat also zu der für künftige Auseinandersetzungen bedeutsamen Tatsache geführt, daß die christlichen Gewerkschaften die bisher gebräuchlichen Argumente für den Vorkriegsstand der Landwirtschaft von der größten Entschiedenheit ablehnen.

Schlaglöcher für die Hunde.

Der Stellen- oder Marktstand wendet sich an die Presse mit folgenden Worten: „Da infolge der eingetretenen Mischmappheit die ausreichende Versorgung der Kranken und Kinder mit frischer Vollmilch zu wünschen übrig läßt, sollte gegenwärtig alles Vermieden oder eingeschränkt werden, was den vorhandenen Vorrat an Vollmilch unnötig zu vermindern geeignet ist.“

Soziales Recht — Arbeiterversicherung.

Rentenbezüge der Feldzugsteilnehmer aus der Invalidenversicherung.

Unter den Feldzugsteilnehmern befinden sich, wie aus zahlreichen Anfragen an die zuständigen Stellen hervorgeht, vielfache Zweifel darüber, ob die invalide gewordenen, der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung angehörenden Feldzugsteilnehmer und die Hinterbliebenen versicherungspflichtiger Feldzugsteilnehmer neben den auf Grund der militärischen Fürsorgegesetze gewährten Bezügen auch noch Ansprüche auf Renten und Hinterbliebenenbezüge nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung haben.

„Die Ansprüche auf Renten und Hinterbliebenenbezüge auf Grund der Reichsversicherungsordnung werden durch die Ansprüche nach den militärischen Fürsorgegesetzen nicht berührt. Es haben daher die nach der Reichsversicherungsordnung der Invalidenversicherung angehörenden Personen, die im Kriege oder infolge der später auftretenden Angst- und Klagerufe.“

Wir trübten beide, da wir den Bericht Jacini über die Lage der Landarbeiter und andere Untersuchungen gelesen hatten, die bis heute durch alle Regierungen hindurch ganz unrichtig geblieben sind, was die Carutti waren, aber kein Schriftsteller der Welt kann jemals eine hinreichende Vorstellung der Wirklichkeit dem geben, der sie nicht selbst in jenen Höllengruben der Schwefelminen gesehen hat.

Wir hielten einige von ihnen auf und erleichterten sie für einen Moment ihrer schweren Last, die aus einem Sad voll kleinerer Schwefelstücke und aus einem großen Stück des Schwefelminerals bestand — im ganzen eine Last für diese Knaben von 40 bis 50 Kilogramm.

Wir schritten weiter vor, und uns zur Linken wendend, begegneten wir in einem zweiten Teil des Schachtes mit höheren und noch gefährlicheren Stufen als früher bald anderen Jüngen von Carutti, die, gekümmert unter der schrecklichen Last, hinaufstiegen und unaufhörlich jenes stöhnende Klagen erschallen ließen, das unser Herz zerriss.

Bei einer dritten Wendung des Schachtes traf ich einen blonden Carutti, der, überwältigt von der Mühsal, nicht mehr aufstehen konnte. Er hatte sein Schwefelstück neben sich auf den Boden gelegt und niedergekauert auf einer Treppenhufe, wie er stillschweigend. Er hatte blaue Augen mit ganz rot geschwollenen Augenlidern, und große Tränen liefen über seine hohlen, fahlen Wangen herab.

In meinem Leben habe ich als Journalist in Italien, in Frankreich, in Deutschland, in England, in Afrika und in Amerika Schreckensszenen jeglicher Art beobachtet: Erschießungen, Aufhängungen, Quälungen, Hinrichtungen und Todesfälle jeder Art, sowohl in den Tages- als in den Nachtstunden. Kein Anblick aber hat mich jemals so tief erschüttert, als der in der Schwefelgrube Virbillo.

Diese barbarische Arbeit, so zarten Knaben auferlegt (die in dem Zustand, in welchem sie leben, auch noch Opfer der Päderastie und anderer Greuel sind), ist eine Tatsache, die zum Himmel und Rasche schreit! Sie ist die Verneinung jedes Grades von Menschlichkeit.

Man muß sich schämen, in einem Lande geboren zu sein, wo solche Greuel der Barbarei noch heute existieren!

Feldzugsteilnehmungen inbald werden, falls die sonstigen gesetzlichen Voraussetzungen dafür vorliegen, neben den auf Grund der militärischen Fürsorgegesetze gewährten Bezügen auch noch Anspruch auf Bewilligung einer aus den Mitteln der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung zu zahlenden Invalidenrente. Dasselbe gilt für die Weid- und reichsgesetzlichen Invalidenversicherung angehört haben.

Jugendklub in Bessarabien.

Die gesetzgebende Körperschaft hat laut der amerikanischen „Bergarbeiter-Zeitung“ vom 13. Mai ein Gesetz angenommen mit folgenden Normen: 1. Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist absolut verboten. 2. Alle jugendlichen Arbeiter von 14 bis 16 Jahren, gleichviel, wo sie beschäftigt sind, müssen an den Stunden einer Fachschule teilnehmen, und zwar wenigstens acht Stunden in der Woche, 3. Kein jugendlicher unter 16 Jahren darf mehr als 51 Stunden in der Woche oder neun Stunden im Tage arbeiten. 4. Bei gefährlichen Arbeiten, ferner beim Verkauf von Waffenschein, dürfen Jugendliche nicht beschäftigt werden. 5. Der Dienst jugendlicher als Helfer am Telefon, Telegraph oder im Handel darf vor 6 Uhr morgens nicht beginnen und muß abends um 8 Uhr beendet sein. 6. Knaben unter 12 Jahren und minderjährige Mädchen dürfen nicht mit Zeitungsverlauf oder Straßenhandel beschäftigt werden, ebenso darf kein jugendlicher unter 14 Jahren mit öffentlichen Arbeiten (Schuhputzen usw.) beschäftigt werden.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Reichstagsabgeordneter Matthias Erzberger

ist in den Grubenrat der Thyssen'schen Gewerkschaft Deutscher Kaiser, in den Aufsichtsrat der Hüttenwerke A.G. für Süddeutschland in Ditzburg-Weidert und des Stahlwerks Sagenbrunn eingetreten. Der Erzberger ist ein einflussreiches, jedenfalls das rührigste Mitglied der Zentrumsfraktion im Reichstag. Daß gerade der Abgeordnete Erzberger, der von Haus aus unbeteiligt ist, diese hervorragende Stellung in der westdeutschen Großindustrie erhalten hat, gibt allerhand zu denken.

In der deutschen Hüttenindustrie

ist nach dem jähen Rückgang der Hoheisen- und Rohstahlerzeugung beim Kriegsausbruch eine bedeutende Produktionssteigerung eingetreten. Erzeugt wurden an

Table with 4 columns: Month, 1914, 1915, 1916. Rows: Juli, August, April.

Erinnert man sich, daß vor dem Kriege circa ein Drittel unserer Eisen- und Stahlerzeugung ausgeführt wurde, so wird man sich jagen müssen, daß mit der gegenwärtigen Erzeugung unser Eigenbedarf, bei dem natürlich das Kriegsmaterial an erster Stelle steht, gedeckt werden kann.

Stärkere Organisation der Hüttenbesitzer.

Auch die Besitzer der Hütten- und Walzwerke glauben nicht an ein „wirtschaftsrechtliches Zeitalter“ nach dem Kriege. Schon während des Krieges — merkt es euch, Bergleute! — sorgen sie für eine Erweiterung und Verstärkung ihrer Vereinigungen. Das geht aus folgendem Bericht der „Wörschinger Zeitung“ vom 2. Juni hervor: „Der Generaldirektor der Stummischen Werke, Müller, hat sämtlichen deutschen Stahlwerken einen neuen Vorschlag auf Syndizierung der Stahlindustrie, hauptsächlich der B-Produkte, im Anschluß an die schon bestehenden Verbände übermittelt. Der Vorschlag soll, wie bereits gemeldet, am 11. Juni in Düsseldorf im Anschluß an die ordentliche Mitgliederversammlung vorgebracht werden.“

Britischer Kohlenbergbau im Kriegsjahr 1914.

Das britische Ministerium des Innern veröffentlicht Angaben über die Kohlenproduktion Großbritanniens. 1914 sank diese von 287,4 Mill. Tonnen des Jahres 1913 auf 265,6 Millionen, also um 21,8 Millionen. Während 1913 in den britischen Kohlengruben 1.136.746 Arbeiter beschäftigt waren, waren es Ende 1914 nur noch 981.264. Einem Londoner Brief an die „Spotswood Times“ zufolge ist die Nachfrage und der Absatz amerikanischer Kohle infolge des britischen Ausfuhrverbots gewaltig. Viele Dampfer, die bisher in der Kohlenfracht zwischen Großbritannien und Südamerika beschäftigt waren, gehen jetzt nach den Vereinigten Staaten, so daß das Angebot von Schiffraum die Nachfrage bedeutend übersteigt, infolgedessen sinken die Frachten. Selbst die italienischen Eisenbahnen, die früher völlig von der englischen Kohlenzufuhr abhängig waren, haben schon seit Neujahr große Mengen amerikanischer Kohlen eingeführt.

Aus den Unternehmerverbänden.

Kein Bedürfnis für paritätische Schlichtungskommissionen.

Ganz im Geiste Kirdorfs ist ein vertrauliches Rundschreiben (Zageb. Nr. 1799) gehalten, welches die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände unter dem 26. April 1915 an ihre Mitglieder verfasste, das sich scharf gegen paritätische Schlichtungskommissionen wendet. Es beginnt: „Von einem der uns angeschlossenen Verbände wird uns mitgeteilt, daß Gewerkschaftsbeamte des Deutschen Textilarbeiterverbandes an Behörden mit der Anregung herangetreten sind, es sollten für die Textilindustrie paritätische Schlichtungskommissionen eingesetzt werden, deren Aufgabe es sein soll, Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern zu schlichten,“ und fährt nach einigen allgemeinen Bemerkungen fort:

„Wir nehmen diese Mitteilung unseres Mitgliedsverbandes zum Anlaß, unsere Mitglieder auf das dringendste davor zu warnen, der Schaffung von derartigen paritätischen Schlichtungskommissionen, gleichviel in welcher Industrie, Vorkauf zu leisten, und bemerken zur Begründung folgendes:

Zunächst ist entschieden im Abrede zu stellen, daß ein Bedürfnis für die Bildung paritätischer Schlichtungskommissionen vorliegt. Etwa auftauchende berechtigte Beschwerden seitens der Arbeitnehmer lassen sich jetzt ebenso gut wie sonst auf dem Wege unmittelbarer Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Ruffall unter Mitwirkung des örtlichen Arbeitgeberverbandes ordnen. Zweifelloser findet die Anregung der Gewerkschaftsführer ihre Ursache auch nicht in der Abhilfe eines dringenden Bedürfnisses, sondern sie ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeiterführer ihre jetzt erheblich eingeschränkte Rätigkeit auf diese Weise erweitern und einen während der Kriegszeit erzielten Erfolg auch für alle Zukunft festhalten wollen.

Ganz besonders muß darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaftsführer mit ihrer Anregung gleichzeitig den Versuch machen, eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung aufzurollen. Denn wenn eine derartige Schlichtungskommission eingesetzt und damit betraut wird, Outachten über Fragen abzugeben, die das Verhältnis von Arbeitgeber

und Arbeitnehmern betreffen, so wird damit der bisher von dem gesamten deutschen Arbeiterpublikum nachdrücklich verteilte Grundsat verlegt, daß alles das, was das Arbeitsverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer berührt, in freier Vereinbarung zu regeln ist, ohne daß Außenstehenden das Recht eingeräumt werden kann, sich in diese privatrechtlichen Dinge einzumischen. Letzten Endes zielen die von den Gewerkschaftsführern angebotenen paritätischen Schlichtungskommissionen auf die Abregung des Arbeitsverhältnisses durch einen von Organisation zu Organisation abgeschlossenen Tarifvertrag hin, dessen Einhaltung eine paritätische Kommission zu überwachen hat. Wir können es uns versagen, unsere Mitglieder hier des näheren auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die der deutschen Industrie aus dem Abschluß von Tarifverträgen erwachsen würden. Die Anregung der Gewerkschaften zeigt, worauf sie hinauswollen, und ihr Plan um so mehr von uns abgelehnt werden, als mit Rücksicht auf den zurzeit bestehenden allgemeinen Wurfrieden Fragen von grundsätzlicher Bedeutung nicht abgehandelt werden dürfen.

Wir richten daher unter Hinweis auf die eben gemachten Ausführungen an unsere sämtlichen Mitglieder nochmals die dringende Bitte, der Schaffung von allgemeinen paritätischen Schlichtungskommissionen unter allen Umständen ihre Zustimmung zu verweigern und fügen die Bitte hinzu, aus demselben Grunde zu verweigern, in ihrem Bezirke ähnliche Anregungen aus Gewerkschaftskreisen zu ihrer Kenntnis gelangen.

Hochachtungsvoll
Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.
J. B. Soonderop.

Diese Kundgebung unterscheidet sich nach Inhalt und Ton in nichts von der Stellung, welche die Deutschen Arbeitgeberverbände auch vor der Proklamation des Wurfriedens eingenommen haben.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.
Eine Konferenz der Gewerkschaftsstelle für Rheinland und Westfalen

tagte am 30. Mai 1915 im städtischen Saalbau in Essen. 46 Gewerkschaftsvertreter waren durch 61, zwei Ortsvereine durch 4 Delegierte vertreten, 20 Gewerkschaften durch 23 Gewerkschaften bezog. Vorsitzend, als Vertreter der Behörden waren anwesend Herr Hauptmann Pfeiffer vom Generalkommando in Münster, Bezirksdirektor Math und Oberbürgermeister Hoff, beide Essen. Genossenschaftssekretär Kretschmer sprach über: „Die Volksernährung im Kriege“, Reichstagsabgeordneter Schulz-Verlin über: „Arbeiterrecht, Arbeitsnachweise und Arbeitsvermittlung“ und Reichstagsabgeordneter Siegel-Düsseldorf über: „Kriegsbeschädigtenfürsorge“. Kretschmer und Schmidt legten zur Volksernährung und zur Errichtung eines Arbeitsamtes Vorschläge vor. Zur Volksernährung wird u. a. gefordert: die Errichtung einer Reichs-Ernährungsbehörde unter Hinzuziehung von Vertretern der genossenschaftlichen Konsumorganisation, Schaffung von Lebensmittelämtern in den Städten, regelmäßige Bestandsaufnahmen der wichtigsten Nahrungsmittel, systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung, Verkaufszwang für Produzenten und Händler, Beschaffung ausreichender Mengen von Getreide, Hafer, Hülsenfrüchten und Kartoffeln. Bekämpfung des Wagnisses durch moralische Erziehung durch Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften, Verbotung aller aus sozialpolitischen Gründen geschaffenen Ausnahmeregeln gegen die Konsumvereine, insbesondere Freistellung der Konsumvereine von der Warensteuer, Anerkennung der Gewerkschaften als unentgeltliche Organisationen zur Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter. Die Vorschläge für die Errichtung von Arbeitsämtern fordern, daß für jede größere Stadt mit ihren Vorortgemeinden sowie für einen Bezirk von Landgemeinden und kleineren Städten ein Arbeitsamt errichtet werden soll. Als Zentrale dieser Organisation soll ein Reichsarbeitsamt eingesetzt werden. Dem Arbeitsamt sollen alle Arbeitsnachweise unterstellt werden. Das Arbeitsamt wird paritätisch zusammengesetzt. Dem Arbeitsamt sollen alle An- und Abmeldungen aus dem Arbeitsverhältnis gemeldet werden. Für die Organisation des Reichsarbeitsamtes sind noch eine Reihe näherer Bestimmungen vorgesehen. — Für die Kriegsbeschädigtenfürsorge forderte der Referent eine Reichszentrale, Mitwirkung der Gewerkschaften, Verbesserung der Lohnrückzahlung durch Kriegsentempfänger und Sicherung gegen Rentenfürzungen.

Internationale Rundschau.

Gegen die Völkerverheugung!

Der „Grundstein“, das Wochenblatt des deutschen Bauarbeiterverbandes, bespricht den Eintritt Italiens in den Weltkrieg und hebt hervor, diese Tatsache sei für den Bauarbeiterverband „ganz besonders schmerzhaft“, weil er viele italienische Kameraden als tüchtige Mitglieder gewonnen habe. In derselben Lage befindet sich auch unser Bergarbeiterverband. Dagegen ist nun der frivole Vertragsbruch der offiziellen Kreise Italiens getreten. Völlig stimmen wir überein mit dem „Grundstein“, wenn er schreibt:

„Und nun sollen sich die einseitigen Kämpfer für eine gemeinsame Sache — dank der Frivolität italienischer Staatsmänner und unverantwortlicher Heher — auf den Schlachtfeldern gegenüberstellen. Diese Tatsache ist fürchterlich; aber die deutschen Arbeiter dürfen das beruhigende Verwehnen haben, daß von deutscher und österreichischer Seite alles getan worden ist, um dieses Schicksal abzuwenden. Jetzt werden sie alles aufbieten, damit das italienische Volk, soweit es den Krieg verschuldet hat, aus seinem Traum erwacht.“

Eine Mahnung an unsere Kollegen: Nehmt euch der noch in Deutschland lebenden Italiener an! Sie sind unerschuldigt an dem Krieg, wie auch zahlreiche in Italien lebende Arbeiter daran unerschuldigt sind. Durch ihre Demonstrationen gegen die Kriegsheer haben sie das bewiesen. Wir haben früher, als man uns überall als Barbaren beschimpfte, einmal auf die schweren Auswärtigen gegen Deutsche in einigen der kriegführenden Länder hingewiesen. Haben gesagt, daß es etwas glücklicherweise in Deutschland nicht vorgekommen sei, und haben im Zusammenhang damit das Wort gebraucht, wir seien stolz darauf, Deutsche zu sein. Diesen Stolz, einen Stolz, der sich auf die Achtung Unschuldiger gründet, möchten wir behalten. Es darf nicht vorkommen, daß Deutsche oder gar Kollegen von uns ihren Stolz über das Verfahren der italienischen Regierung an den in Deutschland lebenden wehrlösen und an dem Krieg völlig unschuldigen italienischen Arbeitern auslassen. Mögen unsere Kollegen den noch in Deutschland befindlichen Bauarbeitern nach wie vor mit Achtung begegnen und insbesondere den bei uns organisierten Italienern hilfreich zur Seite stehen.“

Ersparnisse der italienischen Auswanderer.

„Il Giornale dell'Unione dei Minatori“, das Organ der amerikanischen Union gehörenden Bergarbeiter, bringt darüber folgende Notiz: Nach einer vom Ministerium der Post in Italien herausgegebenen Statistik betragen die Ersparnisse der im Auslande befindlichen Italiener laut Einzählung durch Postanweisung 227 710 311 Lire und 53 Centesimi. Davon wurden eingeschickt aus

Table with 2 columns: Country, Amount in Lire. Rows: Oesterreich, Frankreich, Deutschland, Vereinigte Staaten, Schweiz, Von anderen Staaten.

Zusammen: 227 710 511,53 Lire
Zu dieser Summe kommen noch die Summen, die durch Wertbriefe, Banken, heimkehrende Landleute nach Italien gingen. — Der Krieg wird die Ersparnisse der armen Teufel bald aufgezehrt haben.

Ein Bergarbeiterführer im britischen Ministerium.

William Brace, einer der ältesten Führer der südwalesischen Kohlenbergleute, ist als Unterstaatssekretär für das Innere in das Ministerium eingetreten. Brace vertritt seit etwa einem Jahrzehnt einen südwalisischen Bezirk im Parlament. Er ist politisch am leichtesten als Linkskatholik zu bezeichnen. Bemerkenswert ist, daß William Brace, ein einflussreicher Mann, auf mehreren internationalen Bergarbeiterkongressen leidenschaftlich die Völkerverheugung der Kriegstreiber brandmarkte und sich für einen Streik der Bergleute während des Krieges einsetzte. Er ist ein ausgesprochenes Mitglied der britischen Regierung im Sinne seiner Kriegseindlichen

Kongressen wird, so wird er sich den Dank der Menschheit erwerben. Die englischen Grubenbesitzer wollen, wie aus London verlautet, als Ausgleich für die gewährte Lohnerhöhung von durchschnittlich 16 Prozent die Kohlenpreise pro Tonne um 8 bis 4 Mk. erhöhen. Es geht doch nichts über den kapitalistischen Patriotismus!

Knappschaffliches.

Wänderungsanträge zum preußischen Knappschaffsriegesgesetz.

Dem preußischen Landtag ist folgender Antrag Brutt und Geissen (Nr. 780 der Drucksachen) zugegangen:

Artikel I. Dem § 8 des Knappschaffsriegesgesetzes werden folgende Bestimmungen angefügt: Haben Versicherte, die während des gegenwärtigen Krieges Krieges-, Sanitäts- oder ähnliche Dienste leisten und infolge Leistung dieser Dienste arbeitsunfähig werden, mit den auf die Entlassung aus diesen Diensten folgenden zwei Monaten (§ 6 Satz 2) die Wartegeld (§ 80 Abs. 8 des Knappschaffsriegesgesetzes) nicht erreicht, so sind ihnen die von ihnen zur Pension-Kasse geleisteten Beiträge zu erstatten.

Wenn Versicherte infolge der während des gegenwärtigen Krieges geleisteten Krieges-, Sanitäts- oder ähnlicher Dienste zu Tode kommen, in diesem Falle eine Frau oder Kinder, Vater oder Mutter hinterlassen und von denselben Ansprüche auf Pension-Kassenleistungen nicht geltend gemacht werden können oder die ihnen gezahlten Militärhinterbliebenengelder auf die Pension-Kassenleistungen angerechnet werden, so sind diesen Hinterbliebenen die von den verstorbenen Versicherten zur Pension-Kasse geleisteten Beiträge zu erstatten.

Artikel II. Die Vorschriften der §§ 9, 10 und 11 des Knappschaffsriegesgesetzes finden auch auf dieses Gesetz Anwendung.

Sobald hat der Abgeordnete Brutt zu seinem vorstehenden Antrag einen Wänderungsantrag eingebracht (Nr. 785 der Drucksachen), der zunächst einige vorwiegend nur reaktionelle Wänderungen bezweckt, jedoch dem Artikel I noch folgenden (dritten) Absatz anfügt:

Bei Erstattung der Beiträge (Abs. 1 und 2) dürfen die von dem Verstorbenen bereits empfangenen Pension-Kassenleistungen in Abzug gebracht werden.

Ferner hat der Abgeordnete Que zu dem Antrag auf Drucksache Nr. 780 einen Wänderungsantrag eingebracht. Dieser Antrag (Nr. 787 der Drucksachen) lautet:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Im Artikel I hinter dem Worte „angefügt“ mit Absatz einzufügen:

Militärpensionen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges gezahlt werden, dürfen auf die Renten der Witwen und die Beihilfen zur Erziehung der Kinder (§ 80 Abs. 1 Ziffern 2 und 3 des Knappschaffsriegesgesetzes vom 17. Juni 1912) nicht angerechnet werden.

Das Plenum hat am 2. Juni alle diese Anträge der Handels- und Gewerbe-Kommission zur Vorberatung überwiesen. Die Kommission wird am Dienstag, den 8. Juni, zusammentreten.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Seine Majestät der Kaiser. Wie uns berichtet wird, wurde hier am letzten Sonntag den zur Vergabezeit beurlaubten Arbeitern, die im vorhergehenden Monat nur sechs und sieben Schichten verfahren hatten, der Vertrag für Kartoffeln, Meile und Kriegszustellung abgehalten. Wir meinen, darin liegt doch eine große Härte, hier sollte den Arbeitern das weiteste Entgegenkommen gezeigt werden. Seit Dezember 1914 zahlen die Arbeiter 1 1/2 Prozent ihres Lohnes zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer. Da könnte auch die Bege etwas tun und die zur Arbeit beurlaubten Kriegsteilnehmer in der ersten Zeit unterstützen. Aber die dahingehenden Anträge wurden meistens abgelehnt. Die Familien der Kriegsteilnehmer sollen ebenfalls noch nicht von dem Gelde unterstützt worden sein, das von der Belegschaft zu diesem Zweck aufgebracht wird. Warum wird dem Willen der Arbeiter nicht entsprochen? Die Wagen sind teilweise so schlecht geschmiert, daß sie fast nicht von der Stelle zu bringen sind. Beklagt wird auch, daß die Auslohnung immer sehr langsam konstatant geht, und die Arbeiter meist lange warten müssen.

Seine Majestät der Kaiser. Hier beklagen sich die Arbeiter viel über schlechte Behandlung durch einige junge Laufsteiger, welche sehr schroff vorgehen und bei denen jedes zehnte Wort heißt: „Ich bestrafe Sie!“ Auch die Herren Revierleiter lassen viel an Entgegenkommen zu wünschen übrig. So passiert es, daß die Leute, welche eine Ueberprüfung verfahren haben, fast eine Viertelstunde und länger auf den Wärschein (bei acht Stunden ein halbes Pfund) warten müssen. Auch an Abschlags- und Lohntagen lassen die Herren die Arbeiter so lange warten, so daß bis 30 Mann an einzelnen Schaltern stehen. Es wäre hier Abhilfe sehr notwendig. In einigen Revieren scheint man auch das alte System wieder eingeführt zu haben, indem sich die Leute das nötige Material Kreide, Schienenhaken, Schrauben, selbst Laichen mit in die Grube nehmen müssen, was eigentlich doch nicht mehr zulässig ist. Wenn man am Schacht II anfährt, weiß man manchmal nicht an den Wagen und den Maschinen der Elektrischen vorbeizukommen. Vielleicht wäre es auch angebracht, wenn sich die Leistung der Bege einmal die Seilfahrt an den Schächten besprechen möchte. Sind doch da fast immer mittags Jungen von 16 bis 17 Jahren mit dem Verleihen von Nummern beschäftigt und fast täglich sind ein bis zwei Körbe voll Leute, welche die Seilfahrtsordnung nicht einhalten können. Auch für die Maschinenhelfer könnte eine andere Einrichtung getroffen werden, da man dieselben selten scharf wieder erhalten kann, weil sie andere Eigentümer finden. Auch wünschen die Belegschaftsmitglieder, daß der Ausschuss sich etwas mehr um die Arbeiter kümmern möchte und nicht die Wünsche derselben überhört. Ueber die Einnahmen der Kriegspende könnten auch Berichte zur Kenntnis der Belegschaft gebracht werden.

Seine Majestät der Kaiser. Die Verwaltung dieser fiskalischen Bege nicht genügend Arbeiter erhalten konnte, übergab sie der Firma Schell und Wücher ein Steigerrevier. Diese Firma verschaffte sich einige Arbeiter, bezahlte diese gut, zahlte ihnen auch die Transportkosten der Möbel, so in einem Falle hierfür allein über 100 Mk., und die Arbeiter mußten das übrige dann befragen. Sie ließen auf Kosten der Firma Inzerate los, schrieben auch selber Briefe an Bekannte, so z. B. einige nach Mexlenbach und Hamborn, und die Arbeiter kamen herangeströmt. Es wurde in den Briefen so schön dargestellt, daß die Firma die Transportkosten bezahle, sie sollten nur gleich per Bahn direkt an die Firma gefandt werden, die Löhne betrugen 7 bis 8 Mk. u. m. Jetzt sind die Arbeiter hier und verdienen viel weniger als am alten Orte. Mancher zeigte uns sein Lohnbuch mit 5,18 Mk., 5,87 Mk. u. m. Der den Bahnwagen an die Firma adressierte und kein Geld zum Einlösen hatte, war er recht schlamm daran. Die Firma hatte die Sache am Klappen, ein Arbeiter betörte den andern mit großen Hoffnungen, da brauchte die Firma die Möbel nicht mehr einzulösen und hohe Löhne zu bezahlen, sondern sie konnte alsdann ersichtlich an den Profit denken. Jetzt geht alles wie am Schnitzbrot. Die Arbeiter haben jetzt jezt. Erhielten sie die hohen Löhne, so könnten sie sich wieder frei machen, aber das paßt nicht in die Rechnung der Firma. Die Löhne müssen niedrig bleiben, dann müssen auch die Arbeiter bleiben. So wurde schon mancher Arbeiter gezwungen, in seiner Not zum Armenbureau zu gehen. Dort schimpft man dann über den Unternehmer und schickt damit den Arbeiter wieder weg. Man liest solcher Familien jagen hier zu Östern und Pfingsten und kein kein trodenes Brot. In ihrer Not wandten sich einige Bergarbeiter auch an den Betriebsführer der Bege. Dieser aber sagte ihnen, daß er daran nichts machen könne, das sei dem Unternehmer seine Sache. Der Unternehmer schickt die Leute bei Wechwerden zum Betriebsführer, dieser wieder zum Unternehmer, und jeder ist in solch heißen Sägen unzulänglich. Daß sich solche Zustände in einem staatlichen Betrieb einbürgern können, ist besonders bedauerlich.

Saargebiet und Reichslande.

Grube Dudweiler. Hier wurden die Arbeiter im April mit einer Strafe von zusammen 3034,99 Mk. belegt. Die Löhne lassen auch viel zu wünschen übrig. So erhalten die Kameraden, welche 10, 20 und 30 Prozent Meile erhalten, nach der jetzigen Zulage von 10 Pf. Löhne von 3,90 bis 4,30 Mk. pro Schicht. Die Löhne der Radreiger und Verbauer schwanken bei der jetzigen Zulage von 3 bis 10 Pf. zwischen 5 und 5,20 Mk. Besonders haben die Gebirgsarbeiter in dem Revier, wo der Fahrsteiger Simon das Gedinge macht, keine guten Aussichten. So hat er einer Kameradschaft in Abteilung 8, vierte Tiefbauabteilung,

113, 5, die bei einem Bedinge von 8,40 Mk. pro Tonne 5,98 Mk. verdiente, 20 Pf. abgezogen. Einer anderen Kameradschaft deselben Flözes, die überhaupt nicht verdienen konnte, der 5,71 Mk. geschrieben wurden, reduzierte er das Gedinge von 8,60 auf 8,40 Mk. pro Tonne. In Flöz 7 derselben Abteilung, wo eine Kameradschaft bei einem Bedinge von 8,40 Mk. pro Tonne 5,98 Mk. verdiente, reduzierte er wohl nichts, gab aber den Kameraden Bremser und Wärscher ins Gedinge. Auch die Behandlung der Arbeiter seitens des Fahrsteigers Simon könnte eine humanere sein. Eine Würger unter der Belegschaft macht sich schon längere Zeit bemerkbar: So legten am 24. April die Pferdebedreuer (Bauern) die Arbeit nieder, weil die Löhne nicht ausreichend und willkürliche Strafen von 4 bis 5 Mk. über sie verhängt wurden. Erst nach Niederlegung der Arbeit bequente man sich, den 18-jährigen 10 Pf., den 17- bis 18-jährigen Arbeitern 20 Pf. pro Schicht zuzusetzen. An der Strafe wurde nichts geändert. Am 20. Mai verweigerten die Arbeiter der Abteilung 8 die Anfahr. Trotz zweimaligem Verleihen der Abteilung rief nicht ein einziger „Hier!“ Die Frage des Steigers Loris, ob sie anfahren wollten, wurde mit einem einstimmigen „Nein!“ beantwortet. Die Ortsältesten gingen zum Obersteiger Weder, um ihre Beschwerden vorzubringen, erhielten aber zur Antwort: „Wenn ihr nicht wollt, dann geht ruhig nach Hause!“ Erst als Steiger Loris ihm das Schichtenbuch brachte und der Sicherheitsmann vorstellig wurde, nahm der Obersteiger eine andere Haltung ein und erklärte sich bereit, am anderen Tage die Sache untersuchen zu wollen. Darauf ersuchte der Vertrauensmann die Abteilung, wieder anzufahren, was auch geschah. Am andern Tage untersuchte der Obersteiger die Sache und muß gefunden haben, daß die Kumpels im Recht waren, denn er legte 20 bis 40 Pf. pro Tonne zu. Auch in Abteilung 5 sieht es nicht gut aus, denn der höchste Lohn betrug im April 5,99 Mk. Ferner machen die Kameraden auch mit dem Zusatzprotokoll bittere Erfahrungen. So bekommen sie, wenn sie einmal eine Schicht feiern, gleichviel ob sie krank waren oder ob sie am Gerüst oder sonstwo zu tun hatten, einfach 100 Gramm von ihrer Brotkarte abgeschrieben. Um die Kumpels festzuhalten, erschien folgender Anschlag am schwarzen Brett, mit Kreide geschrieben: „Wer von der Grube abfährt und später wieder anfährt, muß drei Jahre arbeiten, bis er die Deputatskassen wieder erhält.“ Der Urheber des Anschlages ist unbekannt, da keine Unterschrift zu sehen war.

Grube Dudweiler. Ein Bergmann, der schon 80 Jahre auf dieser Grube arbeitete, verfuhr im März 1915 80 Hauerschichten und erhielt nach dem Lohnzettel als Lohn für 29 Hauerschichten 5,07 Mk. = 147,07 Mk., eine Hauerschicht 4,50 Mk. = 4,50 Mk., zusammen 151,57 Mk. Davon gehen ab: Beleuchte 2,10 Mk., Lampenunkosten 0,80, Beiträge zur Knappschaffskasse 12,15, Kartoffeln 17,—, Meile und Wassergeld 15,—, Lohnpflanzung 23,87, Abschlag 50,—, Vorauszahlung 20,55, Hauptlohnung 2,28, ab unteilbarer Lohn 0,22 Mk., zusammen 151,53 Mk. Dieser Arbeiter erhielt also am Lohntag nur noch 2,28 Mk. ausgezahlt. Selbstverständlich ist ein Arbeiter, der nur einen so geringen Lohn ausgezahlt erhält, gleich wieder auf Vorstoß angewiesen. Auch das Vorgehen wird durch solche Löhne gefördert.

Grube Kamphausen. Hier werden Löhne gezahlt, die mit den Lebensmittelpreisen in keinem Einklang stehen. So verdient ein Bauer pro Schicht:

Jahr 1913		Kriegsjahr 1914	
August	4,90 Mk.	August	4,60 Mk.
September	4,94 "	September	4,70 "
Oktober	4,80 "	Oktober	4,75 "
November	4,78 "	November	4,76 "
Dezember	4,78 "	Dezember	4,78 "
Jahr 1914		Kriegsjahr 1915	
Januar	4,78 "	Januar	4,70 Mk.
Februar	4,75 "	Februar	4,88 "
März	4,70 "	März	4,99 "
April	4,78 "	April	4,94 "

Daß solche Löhne, deren es recht viele gibt, bei den heutigen Verhältnissen nicht ausreichen, eine Familie zu ernähren, wird selbstverständlich jedem klar sein. Eine Aufbesserung ist da dringend notwendig.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Auf die Eingabe um bessere Regelung der Brotverteilung, vom 10. Mai 1915 an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf erhielten wir folgende Antwort:

„Düsseldorf, den 4. Juni 1915. Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 21. v. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß nach einer inzwischen getroffenen Vereinbarung der Herren Landräte und Oberbürgermeister des Regierungsbezirks Düsseldorf in dessen Bereich künftig auf Antrag schwer arbeitende männliche Personen über 14 Jahren Zugabeausweise erhalten, die zum Bezug von höchstens 1 Pfund Brot über die Normalmenge von 3/4 Pfund hinaus berechtigen. Im übrigen wird an den bisherigen hiesigen Verfahren nichts geändert, so daß also die verheirateten Arbeiter mit Kindern unter 5 Jahren im hiesigen Bezirk hinsichtlich ihrer Brotversorgung noch günstiger dastehen als im benachbarten Westfalen, da die Gewährung voller Brotationen an Kinder jeden Alters nach wie vor in sich schon ein Ausgleich zugunsten der kinderreichen handarbeitenden Bevölkerung enthält. Es ist vereinbart worden, daß die Neuregelung in den verschiedenen Kreisen mit der dem 1. Juni folgenden Ausgabe neuer Brotkarten in Kraft treten soll.“

Hiermit ist allen berechtigten Wünschen entgegengekommen, so daß von der Einräumung weiterer Sonderrechte für die Angehörigen irgend welcher Berufs-Klassen füglich abgesehen werden kann; insbesondere dürfte damit wohl auch der Antrag auf Verfestigung der Lebensschichten der Bergarbeiter als erledigt angesehen werden können. Hinsichtlich der Ueberprüfungen verbleibt es dabei, daß für die vierstündige Ueberprüfung eine Aufgabenweisung auf 1/2 Pfund Brot, für eine achtstündige Ueberprüfung zwei Aufgabenweisungen auf zusammen 1 Pfund Brot gemacht werden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Brügelnde Beamte auf den Wärschächten.

Die Wärschächte gehören zum Regalbesitz der Standesherrschaft von Pleß. Fernab von den großen Meerstragen des ausgedehnten oberflächlichen Industriebeziers, umgeben vom rauschenden Wald, unweit des großen oberflächlichen Ausfluges Emanuelsberg, liegt hier das Gebirge. Der hier durch die Wälder streifende Wanderer findet, daß die Wärschächte eine idyllische Arbeitsstätte sein müßten. Doch dieser äußere Schein trägt. Im Betriebe walten einige Bälle, die durch ihre Luftteten und Handeln den Vergleuten die Lust an ihrem Beruf nehmen. In der Geschichte über die Entwicklung des Steinlohnbergbaues im Fürstentum Pleß heißt es, daß der Steinlohnbergbau der Standesherrschaft erst einen rechten Aufschwung nahm, als sie in den Besitz des Anhalt-Cöthener Hauses kam. Wörtlich lesen wir da:

„Es wurden aus dem Bernigerodischen zwei erfahrene Bergleute hierher gebracht, die der bisherigen vollkommen primitiven Steinlohnbergbau bergmännischer Charakter verleihen sollten. Einheimische Bauernburschen wurden als „Lehrburschen“ angenommen, damit sie zu Vergleuten werden. Auf Anordnung des Fürsten wurden diese sehr rüchichtsoll behandelt, damit bei ihnen die Lust zu dem hiergang unbekanntem Bergbau geweckt werde.“ Diese Anordnung stammt aus dem Jahre 1769, ist also sehr alt und wird bei den jetzigen Beamten der Wärschächte in Bergessenheit gekommen sein. Sie müßte darum, soweit sie sich auf rüchichtsoll Behandlung bezieht, 1915 wiederholt werden.

Nun zur Sache. Ein sehr schlagfertiger Beamter ist Steiger Zahn. Er hat darin schon Übung. Eines Morgens kommt ein Arbeiter etwas verspätet zur Grube. Das Verleihen im Wärschächte ist schon beendet, aber noch nicht die Seilfahrt. Der Arbeiter läuft schnell ins Wärschächte, um seinen Rod aufzuhängen. Unversehrt kommt Steiger Zahn von hinten und schlägt mit einer Hundepetische vier- bis fünfmal auf den Arbeiter heftig ein. Wegen der Rüchichtung wollte sich der Geschlagene beim Bergverwalter Janel, der auch ins Wärschächte gekommen war, beschweren. Der Bergverwalter sagte denselben bei der Hand und wies ihn zum Wärschächte hinaus! Auch in der Grube ist Steiger Zahn stets schlagfertig. Er hat schon Arbeiter mit der Hand ins Gesicht und mit

einem Stock heftig über den Rücken geschlagen. Ein junger Arbeiter hatte eines Tages gefeiert. Am anderen Tage wurde er zu Steiger Zahn ins Bureau bestellt. Hier erhielt er einen Schlag ins Gesicht und als er ausstreifen wollte, noch einen Schlag in das Gesicht. Tagessteiger Gilden führt meistens eine Hundepetische bei sich, womit er den über Tage beschäftigten jugendlichen Arbeitern den Staub aus dem Anzug klopft. Ein jugendlicher Arbeiter meinte bitter, der Herr Steiger mache es so wie jener Gesträuber, der nach dem Tod schlägt, aber stets den Esel treffe. Auch Bergverwalter Janel hat sich schon im Schlagen betätigt. Eines Tages mußte ein junger Arbeiter ins Bureau des Bergverwalters kommen. Am anderen Tage fragte ihn der Steiger Jhlosko, was er beim Bergverwalter sollte, worauf der Junge mitteilte, daß er Schläge bekommen habe. Darauf sagte der Steiger: „Hätte ich gewußt, daß Du zum Bergverwalter kommen solltest, dann würde ich Dir gleich gesagt haben, was Du dort bekommen würdest.“ Steiger Jhlosko mußte also beschreiben. Ob aus eigener Erfahrung, wissen wir nicht. Unter den Geschlagenen befinden sich Leute, die als Rekruten zum Heeresdienst ausgehoben sind. Wir erwarten, daß die höhere Verwaltung dem Tun der namentlich angeführten Beamten ein Ende macht. Solche Dinge in einer so schweren Zeit berichten zu müssen, ist wahrlich tief beschämend.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 24. Woche (vom 6. bis 12. Juni 1915) fällig. Wir bitten unsere Mitglieder, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Rechtsklub betreffend.

Medlinghausen. Die Sprechstunden finden an folgenden Tagen statt: Donnerstag und Freitag nur vormittags von 9 bis 12 Uhr, Samstag von 9 bis 12 Uhr vorm. und von 8 bis 8 Uhr nachm. An den anderen Tagen und Zeiten ist das Bureau geschlossen. Wir bitten die Mitglieder dieses zu beachten, damit unnötige Wege erspart bleiben.

Bibliotheken.

Buer. Die Bibliothek ist laut Beschluß der Kartellung jeden ersten Sonntag im Monat von 12 bis 1 Uhr mittags geöffnet. Westerholt. Die Bibliothek ist vom 1. Juni ab wieder geöffnet. Die Ausgabe der Bücher findet statt beim Wirt Kottmann, vormittags von 11 bis 12 Uhr. Bücher werden nur unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches verabfolgt.

Bücherrevisionen.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Revisoren unnötige Wege erspart bleiben:

- Lankrop-Gorfmar. Vom 5. bis 30. Juni 1915. Sterstraße II. In der vierten Woche im Juni.
- Sihrum. Vom 5. bis 15. Juni.
- Wethmar. In der zweiten Woche im Juni.
- Witten. Vom 15. bis 30. Juni.
- Bezirk Zwickau. Die Bücherrevision findet nicht, wie angegeben, vom 20. Juni bis 15. Juli, sondern vom 5. bis 25. Juli statt. Die Zahlstellen haben sich danach einzurichten und dem Kameraden Brauch-Lugau sofort Mitteilung zu machen, wenn die Bücher bereit liegen.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankengeldes kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Bottrop. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat beim jetzigen Kassierer Friedrich Steinweg, Oststraße 14. Rothhausen. Jeden zweiten und vierten Sonntag, Kurzeitr. 11.

Für den Unterstützungsfonds

der Angehörigen der zur Fahne einberufenen Mitglieder gingen folgende Beträge ein:

- a) In bar: Zahlstelle Wanne (Bez. Welfenkirchen) 10,—, Hochlarmark (Bez. Medlinghausen) 15,45, Warten (Bez. Dortmund) 30,—, Sterstraße II (Bez. Oberhausen) 10,—, Vertlich (Bez. Medlinghausen) 15,—, Walsum (Bez. Oberhausen) 1,—, Dortmund II (Bez. Dortmund) 140,70, Wepfen (Bez. Mörz) 10,87 Mk.
- b) Auf Sammellisten: Nixmann, Liste Nr. 1403: 5,80, Zimmer für Linfort 8,80 Mk.
- c) Für Festkarten: Zimmer-Mörz 18,90 Mk.
- d) Freiwilliger Beitrag v. Knappschaffsältesten: Von einem Knappschaffsältesten aus Bochum 15,— Mk.

Abrechnung für April.

Bis zum 31. Mai hatten folgende Zahlstellen die Abrechnung nicht eingefandt: Bezirk Hamm: Mark. Bezirk Dortmund: Lindenhorst. Bezirk Linden: Geben. Bezirk Medlinghausen: Duffeln. Bezirk Essen-Dt: Welbert. Bezirk Oberhausen: Fahren und Walsum. Bezirk Lahn-Dillkreis: Zeppenfeld, Oberhausen, Möhrig, Wehlar. Bezirk Halle: Döbau, Gelleben, Lettin, Samswegen, Wintode. Bezirk Bayern: Arzberg. Bezirk Rugau: Geirichsdorf. Bezirk Oberschlesien: Wismarhütte, Wirtenthal, Gargow, Gzermonka, Deufsch-Pietar, Elgoth-Gulitschin, Elgoth-Grabze, Friedenshütte, Glaubenshütte, Jenfor, Laurahütte, Myslowitz, Neboreich, Nickschacht, Radzintau, Radzietow, Repten, Slupna, Sosniza, Urbanowitz, Zawadzic. Bezirk Senftenberg: Grünberg, Mops, Neppitz.

Sterbetafel

Im Monat Mai sind folgende Verbandsmitglieder gestorben: Josef Schmidt, Weifstein. Anton Dorowatz, Wiescherhöfen. Karl Schürer, Westensfeld. Fr. Biermann jr., R. Dursholz. Richard Steiner, Hinterselhammer. R. Schremmer, Schmidthorst. Heinrich Pafschdag, Billmerich. Julius Kallwa, Stappenberg. Max Schwager, Nistebde. Franz Nischke, Ludenau. Adolf Korbel, Bottrop I. Heinz. Semle, Schwertterheide. August Abel, Oberkirchen. Karl Borgmann, Affeln. Wilhelm Bergmann, Krüdel. August Jansen, Weimar II. Georg Nummel, Sowege. Karl Rogan, Myslowitz. Fern. Klant, Neu-Salzbrunn. Fritz Maier, Delsnik. Friedrich Menzing, Eichholz. Josef Dirsel, Buer. Dietrich Nelun, Aplerbeckermark. Heinrich Jung, Altenböge. Ernst Seeger, Strum. Wilhelm Franke, Mengede. Karl Schneider, Gärten. Friedrich Müller, Kassel. Albert Schmidt, Saderwich. Hermann Michalek, Jehau. Ernst Geinze, Buer. Karl Raib, Schanze. Albin Georgi, Ludenau. August Wetermann, Rathenbach. Ludwig Andermann, Gießen. Heinz. Rausch, Dortmund III. Johann Stumm, Rothhausen. Adam Kuchak, Bochum IV.

Knappen-Unterstützungs-Verein Hablinghausen

Sonntag, den 20. Juni 1915, nachmittags 5 Uhr, im Vereinslokal des Herrn Fr. Wilh. Jansen:

General-Versammlung

- 1. Bericht vom Wolltätigkeitstanzert.
 - 2. Erhebung des Leidenwagens und der Kasse für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis 31. Dezember 1920.
 - 3. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.